

SOMMERTOUR VON THOMAS KUTSCHATY:

DIE ZUKUNFT DER ARBEIT GESTALTEN

Seit dem 26. Juli ist Thomas Kutschaty auf Sommertour in NRW. Bis zur Bundestagswahl wird er über 70 Termine in NRW wahrnehmen und die Bundestagskandidierenden unterstützen. Hauptziel der Sommertour: mit möglichst vielen Beschäftigten ins Gespräch kommen. Wir geben einen Einblick, wie so ein Tag aussieht.

Bereits fünf Tage ist Thomas Kutschaty schon durch NRW getourt: Stationen waren unter anderem der Besuch einer Kinder- und Jugendklinik in Datteln, eines Stahlwerks in Lippstadt und des örtlichen Arbeiter-Samariter-Bundes in Erftstadt, um mit den Einsatzkräften über die Hochwasserkatastrophe zu sprechen.

Wir sind am sechsten Tag der Tour dabei. Im Südosten des Ruhrgebiets besucht der NRWSPD-Vorsitzende mit örtlichen SPD-Vertreter*innen und dem zuständigen IG-Metall-Gewerkschaftssekretär ein Kaltwalzenwerk. Seit mehr als 100 Jahren produziert das Unternehmen Metallteile, vor allem für die Automobilindustrie.

Die energieintensive Industrie, zu der auch eben dieses Kaltwalzenwerk zählt, steht vor der großen Herausforderung, klimaneutral zu produzieren. Allein für konkrete Planungen, Ideen und Investitionsvorhaben der Stahlindustrie zeichnet sich ein Mehrbedarf von 4 bis 8,5 Gigawatt installierter Leistung ab. Wie viel das ist, wird beim Blick auf die Strommenge deutlich, die aktuell aus Windkraft gewonnen wird: Ende 2020 waren in allen deutschen Windparks zusammen 7,7 Gigawatt am Netz.

Für die Zukunft einer klimaneutralen Industrie muss die Politik jetzt handeln. Für die Betroffenen vor Ort ist dies ein Riesenthema. Das Werk will klimaneutral produzieren. Gemeinsam mit weiteren örtlichen Unternehmen haben sie deswegen der Landesregierung NRW von Armin



Foto ©: NRWSPD

Laschet ihre Pläne vorgestellt. Die Region soll mit bestehenden Leitungen an das Wasserstoffnetz angeschlossen werden. Doch der Termin bei der Landesregierung lief anders als geplant. Teilnehmende zweifelten nach dem Gespräch an, ob dem Land klar sei, dass mit dem Aufbau der notwendigen Infrastruktur heute begonnen werden muss.

Im europäischen Ausland wie in Schweden hat man das verstanden. 2024 soll das erste mit Wasserstoff betriebene klimaneutrale Stahlwerk die Produktion aufnehmen. NRW droht den Anschluss zu verlieren – diese Befürchtung haben nicht nur die Industrieverbände, sondern auch Kutschaty: „Wir brauchen jetzt eine Kraftanstrengung, damit NRW bei der industriellen Transformation Vorreiter werden kann“, sagt er bei dem Besuch und ergänzt: „Unsere Ideen dafür liegen bereits auf dem Tisch: Wir schlagen einen 30 Mrd. Euro Transformationsfonds für NRW vor. Es muss uns gelingen, die politischen Rahmenbedingungen schnell zu setzen, damit wir zukunftsfähige Arbeitsplätze erhalten und durch eine klimaneutrale Produktion zum Erreichen der Klimaschutzziele beitragen.“

Unterstützung erfährt er für diesen Plan nicht nur durch die Gewerkschaft, sondern auch durch die Geschäftsführung. Abseits der Landesregierung scheint allen Beteiligten klar, dass der Staat eine aktivere Rolle bei der industriellen Transformation einnehmen muss, damit NRW Gewinnerland bleibt.

Ein positiver und lehrreicher Termin war das. Kutschatys Terminplan ist voll. Einundzwanzig Sommertour-Tage liegen noch vor ihm. Immer andere Unternehmen, immer neue Perspektiven und Themen. Nur der Schwerpunkt bleibt gleich: die Zukunft der Arbeit. Und so geht es direkt weiter nach Bonn. ■

ELKE KAPPEN UND FRANK MEYER IM INTERVIEW

WAS DIE BUNDESTAGSWAHL FÜR UNSERE KOMMUNEN BEDEUTET

Eines verbindet die knapp 18 Millionen Menschen in NRW: Sie alle wohnen in Kreisen, Städten und Gemeinden – unseren Kommunen. Vier Wochen vor der Bundestagswahl haben wir mit der Kamerader Bürgermeisterin Elke Kappen und Frank Meyer, Oberbürgermeister aus Krefeld, gesprochen. Wir wollten wissen, worauf es ihrer Perspektive nach bei den Wahlen ankommt.

„Wir regieren NRW so, wie ich es mir auch für den Bund vorstellen würde.“ – als ihr diesen Satz von Armin Laschet gehört habt, was war euer erster Gedanke?

FRANK MEYER: Aus kommunaler Sicht ist NRW keine gute Blaupause für den Bund. Eineinhalb Jahre Pandemie haben doch gezeigt, dass Schwarz-Gelb für unser Land einen stetigen Schlingerkurs bedeutet. Die Kommunen haben immer erst in letzter Minute von Neuregelungen erfahren und durften diese dann quasi über Nacht umsetzen. Eine gute Zusammenarbeit stelle ich mir anders vor. Bevor Armin Laschet einen zentralen Sicherheitsrat auf Bundesebene fordert, wie jetzt beim TV-Triell geschehen, sollte er lieber einen funktionierenden Krisenstab in Nordrhein-Westfalen einrichten.



Das Interview gibt's in voller Länge auf der Homepage www.nrwspd.de zu lesen.

ELKE KAPPEN: Nahezu jede Entscheidung von Bund und Land hat mittel- und unmittelbare Auswirkungen auf die Kommunen. Diese ganzheitliche Betrachtung kommt mir in der Politik der Landesregierung oft zu kurz. Wenn NRW die Blaupause für den Bund sein soll, dann wird es für die Städte und Gemeinden sicherlich nicht einfacher.

Je nach Studienlage geht man in den NRW-Kommunen von einem Investitionsstau von 150 bis 300 Milliarden aus. Wo merkt man bei euch diesen Stau und was steht bei der Bundestagswahl in dieser Beziehung auf dem Spiel?

ELKE KAPPEN: Ich wünsche mir in dieser Beziehung einen großen Wurf – bei den Schulen, bei den Schwimmbädern. Wir sprechen nicht von goldenen Wasserhähnen, sondern von kommunaler Infrastruktur: von einer guten verkehrstechnischen Anbindung, von Klimaschutz, einem modernen Radwegesystem sowie Schul- und OGS-Ausbau. Und wir brauchen eine vernünftige Personaldecke. Die haben wir schon lange nicht mehr, weil an allen Enden gespart werden muss. Eine Lösung der Altschuldenproblematik würde uns hier sehr helfen.

Die Union spricht aber von Steuererleichterungen. Wie passt das zusammen?

FRANK MEYER: Wenn die Union wenigstens gerechte Steuererleichterungen fordern und sagen würde, wie sie das finanzieren will, dann hätten wir zumindest eine Diskussionsgrundlage. Aber es ist

doch vollkommen klar, was gemeint ist: Es sollen diejenigen, die am meisten haben, Steuererleichterungen bekommen, und das wird finanziert, indem Leistungen für die breite Bevölkerung nicht mehr zur Verfügung stehen. Das kann nicht die Lösung sein, vor allem nicht nach der Pandemie. Wir haben doch in den letzten Monaten gelernt, dass ein schwacher Staat niemandem hilft. Wir brauchen einen starken, reaktionsfähigen Staat. Das macht uns demokratischer, leistungsstärker und gerechter. Das wäre mein Wunsch für die Bundestagswahl.

Olaf Scholz tritt an, um das Land für die 2020er-Jahre fit zu machen. Was heißt das für die Kommunen?

FRANK MEYER: Die Kommunen brauchen eine wirtschaftliche Grundlage, um handlungsfähig zu sein. Wenn man die Zukunft meistern will, wenn man E-Mobilität mit vernünftigen Netzen haben möchte und gut ausgestattete Schulen, in denen unsere Schülerinnen und Schüler zu den Fachkräften von morgen ausgebildet werden, dann fängt das damit an, dass an wirklich allen Schulen gut ausgestattete Physikräume stehen und das W-Lan funktioniert. Dafür brauchen wir die finanziellen Mittel. Als ehemaliger Bürgermeister sieht Olaf Scholz diese Herausforderungen und kann auch deshalb unser Land erfolgreich in die 2020er-Jahre führen.

ELKE KAPPEN: Gerade in den letzten Monaten der Pandemie waren die Kommunen das Rückgrat unserer Gemeinschaft. Ich glaube, dass wir jemanden brauchen, der im hohen Maße versteht, dass sich in den Kommunen das direkte Leben der Bürgerinnen und Bürger abspielt. Olaf Scholz hat dieses kommunale Verständnis. Er weiß, dass wir in den nächsten Jahren den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken müssen. Nur so nehmen wir dem Populismus die Grundlage. ■



DAS GROBE FINALE
KÖLN
24.09.
JETZT ANMELDEN!

DEUTSCHLANDS ZUKUNFT: SCHOLZ PACKT DAS AN.

Zum Finale seiner Wahlkampf-Tour kommt Olaf Scholz nach Köln. **SEI DABEI UND MELDE DICH JETZT AN.**

Ganz einfach unter olaf-scholz.spd.de/tour/lp-koeln oder noch einfacher QR-Code einscannen.

Du möchtest mehr über ausstehende Termine wissen? Die findest Du hier: nrwspd.de/termine **WIR FREUEN UNS AUF DICH.**



JETZT KOMMT ES DARAUF AN, NRW!

Am 26.09.2021 sind Bundestagswahlen. 12,8 Millionen Menschen aus NRW sind aufgerufen ihre Stimme abzugeben. Die SPD tritt mit einem mutigen Zukunftsprogramm an und einem Kanzlerkandidaten, der die Kompetenz und Erfahrung hat, die Ziele umzusetzen: Olaf Scholz. Worum es gerade für NRW geht, haben wir zusammengefasst:

1. SICHERE ARBEIT, HÖHERE LÖHNE & MEHR TARIFBINDUNG

- Lohnerhöhung für 10 Millionen Menschen in Deutschland: Mit einem Mindestlohn von 12 Euro.
- Gute Arbeit für alle: Abschaffung von sachgrundlos befristeten Verträgen, Ausweitung der Mitbestimmung, höhere Tarifbindung und Vergabe öffentlicher Aufträge nur noch an Unternehmen, die nach Tarif bezahlen.

1.

6. MEHR STEUERGERECHTIGKEIT & EINFÜHRUNG EINER FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

- Um kleine & mittlere Einkommen besserzustellen: Für eine Einkommensteuerreform und die Einführung einer Vermögenssteuer und Finanztransaktionssteuer.
- Damit in den Städten und Gemeinden investiert wird: Für einen kommunalen Altschuldenfonds und einem Abbau des Investitionsstaus mit 50 Mrd./Jahr.

6.

2. KLIMANEUTRALITÄT BIS 2045 & MASSIVER AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN

- Durch Investition und Innovation: Die Bekämpfung des Klimawandels zum Jobmotor machen und Deutschland bis 2030 zum Leitmarkt für Wasserstoff.
- Für das modernste Mobilitätssystem in Europa: Massive Investitionen in den ÖPNV, den Schienenverkehr, Wasserstoff- und Elektromobilität.

2.

7. EINFÜHRUNG DER KINDERGRUNDSICHERUNG ZUR BEKÄMPFUNG VON KINDERARMUT & STÄRKUNG DER CHANCENGLEICHHEIT

- Für mehr Chancengleichheit: Einführung der Kindergrundsicherung, Kinderrechte ins Grundgesetz, eine Ausbildungsplatzgarantie und ein elternunabhängiges BaföG.

7.

3. BÜRGER*INNENVERSICHERUNG STATT ZWEI-KLASSEN-MEDIZIN

- Beste Gesundheitsversorgung in Stadt und Land: Mit einer bedarfsgerechten Grundfinanzierung unseres Gesundheitssystems und der Einführung der Bürger*innenversicherung.

3.

8. BESSERE LÖHNE UND MEHR PERSONAL IN DER PFLEGE

- Löhne verbessern und Arbeitsbedingungen stärken: Einführung eines Branchentarifvertrags, einer Pflege-mindestlohnkommission und eines neuen Personalbemessungsrahmens.

8.

4. BÜRGER*INNENGELD STATT HARTZ IV

- Neustart für unser Sozialsystem: Längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I, Ausbau und Weiterentwicklung des Sozialen Arbeitsmarkts und Bürger*innengeld statt Hartz IV.

4.

9. STABILES RENTENNIVEAU & -EINTRITTSALTER AUCH IN ZUKUNFT

- Damit jede*r würdevoll alt werden kann: Stärkung der gesetzlichen Rente, Stabilisierung des Rentenniveaus auf mindestens 48 Prozent und gegen das Heraufsetzen des Renteneintrittsalters.

9.

5. 400.000 NEUE WOHNUNGEN PRO JAHR, DARUNTER 100.000 SOZIALWOHNUNGEN: FÜR GERECHTE MIETEN UND BEZAHLBARES WOHNEN

- Investitionen in bezahlbares und gutes Wohnen: 400.000 neue Wohnungen pro Jahr – davon 100.000 als Sozialwohnungen.
- Damit Wohnen wieder bezahlbar wird: Für ein befristetes Mietmoratorium und eine entfristete Mietpreisbremse ohne Schlupflöcher.

5.

10. DIGITALES DEUTSCHLAND & DIGITALE BILDUNG

- Für digitale Bildungsgerechtigkeit: Jede*r Schüler*in soll ein digitales Endgerät mit Internet-Zugang erhalten und Studierende, Geringverdienende und Schüler*innen einen Sozialtarif für den Netzzugang.
- Schnelles Internet für jede*n: Alle Haushalte und Unternehmen sollen eine Bandbreite von mindestens einem Gigabit/Sekunde erhalten.

10.